



## Geschäftsführung Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Herr Neweling

Telefon: (0221) 221 26348

Fax: (0221) 221 26462

E-Mail: frank.neweling@stadt-koeln.de

Datum: 18.01.2024

### Niederschrift

über die **20. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 04.12.2023, 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Derya Karadag	GRÜNE
Mario Michalak	GRÜNE
Floris Rudolph	GRÜNE
Claudia Brock-Storms	SPD      vertritt Carolin Kirsch
Werner Marx	CDU
Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag der CDU
Lukas Lorenz	SPD
Monika Möller	SPD
Christina Dumstorff	Auf Vorschlag der FDP
Susanne Groß	Auf Vorschlag von Volt

#### Beratende Mitglieder

Iris Dworeck-Danielowski	Auf Vorschlag der AfD
Lisa Mandelartz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Dr. Marita Alami	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Julie Cazier	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Esther Kings	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Dr. Sabine Bonneck	Auf Vorschlag der SPD
Angelika Maria Christ	Auf Vorschlag der SPD
Dr. Helen Eckmiller	Auf Vorschlag der SPD
Herr Christian Hess	Auf Vorschlag der CDU

Sonja Waszerka	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Katja Krämer	Auf Vorschlag von Volt
Sigita Gelbach	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Dr. Klara Groß-Elixmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Maria Kunz	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
Petra Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

## **Verwaltung**

Susi Luan	Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb
Verena Gmünd	Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit (ZKS)
Antje Zupp	Dezernat Finanzen und Recht
Susanne Döring	Amt der Oberbürgermeisterin
Petra Engel	Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern
Laila Anders	Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern
Christiana Krack	Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern
Frank Neweling	Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern
Jutta Hittmeyer	Personal- und Verwaltungsmanagement

## **GPR**

Janine Pollex

## **Presse**

## **Zuschauer**

Prof. Iris Utikal und Paulina Porten	TH Köln
Isabell Schrader	Fraktionsassistentin Volt

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Carolin Kirsch	Auf Vorschlag der SPD	vertreten von Claudia Brock-Storms
----------------	-----------------------	------------------------------------

## **Beratende Mitglieder**

Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Auf Vorschlag der CDU
Dr. Thomas Günther	Auf Vorschlag der CDU
Alexandra Herzog	Auf Vorschlag der FDP
Silvia Marchais-Raytchevska	Auf Vorschlag von GUT Köln

**RM Teresa De Bellis-Olinger.** Ausschuss-Vorsitzende, eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wahlperiode 2020/2025 um 17.05. Uhr.

Sie begrüßt **Angélica Reyes** (agisra e. V.), die Mitglieder des Ausschusses, Gäste und die Vertreter\*innen der Verwaltung, darunter u. a. **Verena Gemünd**, Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit (ZKS), **Susi Luan**, Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb, **Susanne Döring**, Amt der Oberbürgermeisterin, und **Jutta Hittmeyer**, Personal- und Verwaltungsmanagement.

Teresa De Bellis-Olinger weist auf die Gelegenheit zu einem Umtrunk im Anschluss der Sitzung im Consilium hin.

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

#### **I Teresa De Bellis-Olinger nennt die Punkte, die der Tagesordnung zuge- setzt werden**

- B Informationen vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern zu den Orange Days
- die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen
  - 1.3 "Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen"
  - 1.4 "Schwangere und Mütter in der JVA Köln"
  - 1.5 "Berichterstattung über den Frauen- und Mädchensport"
- unter TOP 1.6 die Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Finanzielle Bildung für Alleinerziehende und Care-Arbeit Leistende"

*Der Ausschuss entspricht der Bitte der Verwaltung, TOP 2.1 vorziehen und als erstes, noch vor dem Vortrag zu agisra e.V. zu behandeln, da Verena Gemünd einen An-  
schlussstermin hat.*

#### **II Verabschiedung der TO**

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig und es ergibt sich die nachfolgende Tagesordnung.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

A Adrijane Mehmetaj-Bassfeld, Dipl. Sozialpädagogin (FH), M.A. Empowermentstudies, und Angélica Reyes, Politikwissenschaftlerin, stellen den Verein agisra e. V. und seine Arbeit vor

B Petra Engel und Laila Anders, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, berichten über die Orange Days

#### 1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

- 1.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Chancengleichheit in Kunst und Kultur"  
AN/1889/2022

Antwort der Verwaltung vom 9. Mai 2023  
4251/2022

Erste Ergänzung vom 24. August 2023 zur Antwort der Verwaltung  
2720/2023

Zweite Ergänzung vom 17. Oktober 2023 zur Antwort der Verwaltung  
3214/2023

- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Künstliche Intelligenz kann sexistisch sein – Wie stellt die Stadt sicher, dass sie diskriminierungsfreie KI-Anwendungen nutzt und fördert?"  
AN/0823/2023

Antwort der Verwaltung vom 11. September 2023  
2022/2023

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen"  
AN/1547/2023

Antwort der Verwaltung vom 1. Dezember 2023  
3747/2023

- 1.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwangere und Mütter in der JVA Köln"  
AN/1852/2023

Antwort der Verwaltung vom 23. Oktober 2023  
3364/2023

- 1.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Berichterstattung über den Frauen- und Mädchensport"  
AN/1973/2023

Antwort der Verwaltung vom 4. Dezember 2023  
3954/2023

- 1.6 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Finanzielle Bildung für Alleinerziehende und Care-Arbeit Leistende"  
AN/1992/2023

## **2 Anträge**

- 2.1 Antrag der Fraktionen SPD und FDP betreffend "Angsträume identifizieren und beseitigen"  
AN/1800/2023

Stellungnahme der Verwaltung vom 16. Oktober 2023  
3251/2023

- 2.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Fortführung und Ausweitung: Pilotprojekte - Kostenlose Menstruationsprodukte"  
AN/2059/2023

- 2.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Köln - Eine stillfreundliche Kommune"  
AN/2060/2023

- 2.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Symposium zur Umsetzung von Chancengleichheit in der Raumentwicklung"  
AN/2075/2023

- 2.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gender Budgeting Pilotämter"  
AN/2087/2023

## **3 Allgemeine Vorlagen**

- 3.1 Zweiter Gleichstellungsplan 2024 - 2028  
3123/2023

- 3.2 Förderprogramm Gleichstellung von Frauen und Männern 2023  
hier: Freigabe und Vergabe der Mittel  
3464/2023

- 3.3 Kölner Verhütungsmittelfonds  
2576/2023

3.4 Förderung des FrauenMediaTurms  
3770/2023

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

4.1 Informationen zum zu testenden Toilettenmodell für besondere Anforderungen  
3125/2023

4.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD betreffend "Ausstiegswohnung für Menschen in der Prostitution in Köln" AN/1636/2023  
3297/2023

#### **5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

#### **6 Mündliche Anfragen**

6.1 Beantwortungen zu mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

6.2 Neue mündliche Anfragen

## I. Öffentlicher Teil

### *vorgezogen wird TOP 2.1*

#### **2.1 Antrag der Fraktionen SPD und FDP betreffend "Angsträume identifizieren und beseitigen" AN/1800/2023**

**Monika Möller** und **Christina Dumstorff** äußern sich zu dem vorliegenden Antrag und bitten darum, diesem zuzustimmen.

Der Antrag ist, so **Monika Möller**, die Folge der nicht zufriedenstellenden Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion „Angsträume unter Gender-Perspektive angehen“. Dort heißt es, es gebe keine Definition für Angsträume, aber man arbeite daran. Hinsichtlich Kriminalprävention betrachte man auch Plätze mit besonderem Erneuerungsbedarf.

Mit der Erstellung eines Angstraumkonzeptes möchten die antragstellenden Fraktionen SPD und FDP auch diese Menschen mit ihren Unsicherheitsgefühlen berücksichtigt wissen. Deshalb sollen Bürger\*innen in den Prozess eingebunden werden. Das ist nach der Stellungnahme der Verwaltung nicht vorgesehen. Besonders wichtig ist es, bei Planungen drauf zu achten, dass Angsträume von vornherein vermieden werden. Das spart auch Kosten, die im Nachhinein anfallen, um entstandene Angsträume wieder zu beseitigen.

Monika Möller bittet den Ausschuss um Zustimmung zu dem Antrag.

**Christina Dumstorff** gibt zu bedenken, dass der Öffentliche Raum für Frauen und Männer nicht mit dem gleichen Selbstverständnis nutzbar ist. Die FDP-Fraktion begrüßt die skizzierten Maßnahmen der Verwaltung, wie sie in der Stellungnahme aufgeführt sind. Es sollten auch gendergerechte Bedürfnisse in den Fokus eines Angstraum-Konzeptes genommen und herausgestellt werden, wie gerade im Dunkeln der Öffentliche Raum für Frauen angenehmer gestaltet werden kann.

**Verena Gemünd**, Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit (ZKS), erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Zwei Säulen machen das Konzept zu Angsträumen aus: Zum einen die Fachkreis-Struktur, besonders der Fachkreis „Plätze mit besonderem Handlungsbedarf“ (Neumarkt, Wiener Platz, Zülpicher Platz und auch der Eberplatz, der allerdings in der Zuständigkeit anderer Dienststellen liegt). Diese Fachkreise erstellen und überprüfen mit örtlichen Stakeholdern und Bewohner\*innen Maßnahmen (lokale Agenden).

Und zum anderen der Masterplan Sicherheit, der 2022 beauftragt wurde. Dieser ist in zwei Bereiche gegliedert. Eine quantitative Analyse beinhaltet PKS-Daten (Polizeikriminalstatische Daten) und Daten vom Ordnungsdienst zur Identifikation von Angsträumen. Eine qualitative Analyse beinhaltet Expert\*innen-Interviews und eine Bestandsanalyse an kriminalpräventiven Elementen. Hier wird das Beteiligungsportal „Meinung für Köln“ eingebunden. Am Ende gibt es eine Struktur für den Masterplan, der übertragen werden kann auf andere Plätze. Voraussichtlich im Frühjahr 2024 liegen erste Ergebnisse vor.

**Teresa De Bellis-Olinger** kündigt einen Vortrag des ZKS für eine der nächsten Sitzungen des Gleichstellungsausschusses an.

**Derya Karadag** begrüßt, dass der Antrag auf ein Unsicherheitsgefühl von Frauen eingeht und weist darauf hin, dass auch außerhalb des Ausschusses für die Gleichstel-

lung von Frauen und Männer viel zum Thema Schutz von Frauen bzw. genderspezifische Unsicherheitsgefühle stattfindet, sei es im AVR, im Stadtentwicklungsausschuss, im Kriminalpräventiven Rat, im Polizeibeirat. Dies findet u. a. auch im Masterplan Sicherheit einen Raum.

Dem vorliegenden Antrag fehlt die Deckung. Im Masterplan Sicherheit ist eine ganz andere Dimension angesprochen. Das Ratsbündnis wird den Antrag ablehnen.

**Sarah Niknamtavin** findet das Anliegen des Antrages sehr wichtig. Allerdings fragt sie sich, was die Überwachung von bestimmten Plätzen, überwiegend von solchen, die von Migrant\*innen aufgesucht werden, auslöst, und sie fragt, welche Ängste durch Verunreinigungen ausgelöst werden.

**Monika Möller** erläutert, dass im Antrag nicht aufgeführt ist, dass die Installation von Überwachungssystemen als eine Präventionsmaßnahme aufgeführt ist.

Bezüglich der Anmerkung von Derya Karadag zu den anderen Gremien hebt sie hervor, dass es gut und wichtig ist, dieses Thema besonders im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu behandeln und zu beraten.

**Maria Kunz** fragt, wer festlegt, wo und was Angsträume sind.

**Verena Gemünd** erläutert ihre Hinweise zu den Analysen mit Blick auf den Masterplan; die Definition und Festlegung von Angsträumen findet im anstehenden und fortlaufenden Prozess des Masterplan Sicherheit statt.

**Teresa De Bellis-Olinger** fasst zusammen, dass die Ausführungen von Verena Gemünd und die Stellungnahme der Verwaltung das Anliegen des Antrages aufgreifen und die Verwaltung über den Inhalt des Antrages hinausgehend tätig ist. Sie fragt die antragstellenden Fraktionen, ob sie an dem Antrag festhalten.

Die Frage wird bejaht und Teresa De Bellis-Olinger stellt den Antrag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2024 ein „Angstraumkonzept“ in Zusammenarbeit mit Expert\*innen der Zivilgesellschaft zu erstellen. Darin sollen sogenannte Angsträume, also Orte in der Stadt, die Unsicherheitsgefühle und Ängste insbesondere bei den als weiblich gelesenen Bürger\*innen und anderen vulnerablen Personengruppen wecken, gelistet werden. Außerdem soll gezeigt werden, durch welche Maßnahmen eine Verbesserung am jeweiligen Ort erreicht werden könnte. Es sollen Kriterien erarbeitet und präsentiert werden, wie angsteinflößende Faktoren bei Planungen möglichst vermieden werden. Die Ergebnisse der Beauftragung sollen den Ausschüssen STEA, AVR, SoSeSe und AKUG und Integrationsrat zur Kenntnis gegeben werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Volt, CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion DieLinke gegen die Stimmen der-Fraktionen SPD und FDP **abgelehnt**.

**Stellungnahme der Verwaltung vom 16. Oktober 2023  
3251/2023**

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.



**A Adrijane Mehmetaj-Bassfeld, Dipl. Sozialpädagogin (FH), M.A. Empowermentstudies, und Angélica Reyes, Politikwissenschaftlerin, stellen den Verein agisra e. V. und seine Arbeit vor**

Angélica Reyes, Politikwissenschaftlerin, stellt den Verein agisra e. V. und seine Arbeit vor. Adrijane Mehmetaj-Bassfeld ist leider erkrankt. Die verwendete Präsentation findet sich hier:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=968097>

**B Petra Engel und Laila Anders, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, berichten über die Orange Days**

**Petra Engel**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, berichtet über die Orange Days. Das Amt präsentiert bis zum 5. Dezember im Bürgerhaus Stollwerck die Ausstellung „Wir schweigen nicht!“. Die Ausstellung wurde von HennaMond e.V. konzipiert und vom Gleichstellungsausschuss gefördert.

Am 25. November fand gemeinsam mit Kölner Frauenserviceclubs und verschiedenen Initiativen eine Kampagne in der Innenstadt statt, über die die Presse, einschließlich die Tagesschau, gut berichtete.

**Teresa De Bellis-Olinger** regt an, die neue Bank „Kein Platz gegen Gewalt an Frauen“, bei der ein Stück Sitzfläche fehlt, zum IFT im kommenden Jahr zu zeigen.

**1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung**

**1.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Chancengleichheit in Kunst und Kultur" AN/1889/2022**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**Antwort der Verwaltung vom 9. Mai 2023  
4251/2022**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**Erste Ergänzung vom 24. August 2023 zur Antwort der Verwaltung  
2720/2023**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**Zweite Ergänzung vom 17. Oktober 2023 zur Antwort der Verwaltung  
3214/2023**

Es liegt keine Beantwortung der jüngsten Nachfragen aus der Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 23. Oktober 2023 vor.

**Teresa De Bellis-Olinger** bittet die Geschäftsführung darum, dem Kulturdezernat eine kurze, freundliche Erinnerung mit Grüßen aus dem Gleichungsausschuss zu senden. Der Ausschuss freut sich auf eine baldige und abschließende Beantwortung der Anfrage(n).

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Künstliche Intelligenz kann sexistisch sein – Wie stellt die Stadt sicher, dass sie diskriminierungsfreie KI-Anwendungen nutzt und fördert?"  
AN/0823/2023**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**Antwort der Verwaltung vom 11. September 2023  
2022/2023**

**Monika Möller** teilt mit, dass die SPD-Fraktion hatte auf eine Rückmeldung des entsprechenden Fachausschusses gehofft. Dort gab es jedoch nur eine Kenntnisnahme. Insofern ist sie mit der Beantwortung zufrieden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen"  
AN/1547/2023**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**Antwort der Verwaltung vom 1. Dezember 2023  
3747/2023**

**Dr. Helen Eckmiller** fragt nach, warum die Informationen zu ukrainischen Staatsangehörigen stark untererfasst sind und bittet die Verwaltung um entsprechende Antwort.

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**1.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwangere und Mütter in der JVA Köln"  
AN/1852/2023**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**Antwort der Verwaltung vom 23. Oktober 2023  
3364/2023**

**Monika Möller** bewertet den Inhalt der Antwort als erschreckend und sieht hier Menschenrechte verletzt. Dies hängt mit fehlenden Räumlichkeiten in den JVA zusammen, in denen Frauen untergebracht sind. Sie bittet die Verwaltung darum, dass sie sich in Zusammenhang mit dem anstehenden Neubau der JVA an das Land wendet,

damit zukünftig Räumlichkeiten für Schwangere und für inhaftierte Mütter vorgesehen werden.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag von **Teresa De Bellis-Olinger** zu, die Nachfrage an die Verwaltung zu richten, ob der anstehende Neubau der JVA solche Räumlichkeiten vorsieht.

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**1.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Berichterstattung über den Frauen- und Mädchensport"  
AN/1973/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 4. Dezember 2023  
3954/2023**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**1.6 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Finanzielle Bildung für Alleinerziehende und Care-Arbeit Leistende"  
AN/1992/2023**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**2 Anträge**

**2.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Fortführung und Ausweitung: Pilotprojekte - Kostenlose Menstruationsprodukte"  
AN/2059/2023**

**Susanne Groß** erinnert daran, dass letztes Jahr der Ausschuss bereits eine erste Pilotphase für kostenlose Menstruationsartikel an den vier städtischen Bürgerhäusern in Köln beschlossen hat. Die einjährige Laufzeit kommt nun zu einem Ende und in Gesprächen mit der Verwaltung zeichnet sich ab, dass es ein Erfolg war. Der Bericht wird dem Ausschuss im neuen Jahr vorgelegt. Das Ratsbündnis will allerdings jetzt schon den nächsten Schritt gehen und sicherstellen, dass die Spender in den Bürgerhäusern auch im nächsten Jahr gefüllt bleiben. Mit diesem Antrag beschließt der Ausschuss erstens eine Verlängerung des Piloten um ein weiteres Jahr. Das Bündnis glaubt, dass mehr Erfahrungswerte dem Ausschuss und der Verwaltung helfen, in Zukunft – gerne ab 2025 – in allen städtischen Einrichtungen kostenlose Menstruationsartikel zur Verfügung zu stellen.

Zweitens beschließt der Ausschuss eine Pilotphase an Schulen, die die Diversität der Kölner Schüler\*innenschaft abbildet und weiten somit den Bedarfskreis entscheidend aus. Eine Maßnahme, die Schüler\*innenvertretungen schon seit längerem fordern.

Menstruierende müssen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Hierzu gehören zum Beispiel die Teilnahme am Berufsleben, in der Schule, bei Freizeitaktivitäten und beim Sport. Dafür braucht es einen niederschweligen Zugang.

Die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten trägt zur gesetzlich vorgeschriebenen Gleichstellung der Geschlechter bei und kann außerdem durch die erhöhte Sichtbarkeit Unsicherheiten und Schamgefühle in der Gesellschaft zum Thema Menstruation abbauen. Das ist vor allem an Schulen essentiell.

Das Bündnis freut sich über eine breite Zustimmung zu dem Antrag.

**Lukas Lorenz** erinnert daran, dass bereits vor zwei Jahren der Antrag gestellt wurde, flächendeckend kostenlose Menstruationsartikel einzuführen. Weitere Pilotphasen durchzuführen, hält er für entbehrlich, weil in anderen Städten bekannt ist, dass es – auch in Schulen – funktioniert. Auch erinnert er an die absurde Mitteilung des Mitarbeiters aus dem Amt für Schulentwicklung, nach der Schüler\*innen sich im Sekretariat Menstruationsartikel abholen können.

Die SPD-Fraktion spart sich einen Änderungsantrag in der Annahme, dass dieser vom Ausschuss nicht angenommen würde, und stimmt dem Antrag zu.

**Sarah Niknamtavin** schließt sich dem Hinweis von Lukas Lorenz an. Der einzige Antrag der ersten Sitzung des Gleichstellungsausschusses wurde aufgrund der Initiative der SPD-Fraktion zu kostenlosen Menstruationsartikeln in allen Kölner Schulen und städtischen Gebäuden gestellt. Der von allen stimmberechtigten Fraktionen gestellte Änderungsantrag wurde angenommen. Nun findet sie es schade, dass nicht wieder ein Antrag dazu von allen stimmberechtigten Fraktionen, sondern nur vom Ratsbündnis gestellt wird. Dies wäre erneut ein gutes Zeichen gewesen. Der vorliegende Antrag ist nicht flächendeckend, dennoch stimmt die Fraktion DieLinke dem Antrag zu.

**Teresa De Bellis-Olinger** weist darauf hin, dass diese Ausführungen zur ersten Sitzung verkürzt und nichtzutreffend seien.

Mit dem Hinweis, dass im Beschlusstext der Satz *„Alle Haushaltsmittel, die in diesem Jahr nicht ausgeschöpft werden, hat die Verwaltung in das neue Haushaltsjahr zu übertragen.“* gestrichen ist, stellt sie den Antrag zur Abstimmung.

### **Geänderter Beschluss:**

Am 13.06.2022 beschloss der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein einjähriges Pilotprojekt für kostenlose Menstruationsprodukte in den städtischen Bürgerhäusern Chorweiler, Deutz, Kalk und Stollwerck ([AN/1149/2022](#)).

1. Hiermit wird die Stadt Köln beauftragt, dieses Pilotprojekt um ein weiteres Jahr zu verlängern.
2. Außerdem wird die Verwaltung hiermit beauftragt, eine zweite Pilotphase zu starten, in deren Rahmen kostenlose Menstruationsartikel an repräsentativen Schulen in Veedeln, die die Diversität Kölns abbilden, bereitgestellt werden.
3. Die Menstruationsprodukte werden in beiden Piloten weiterhin geschlechtsidentitätsunabhängig zugänglich gemacht, d.h. alle Toilettenanlagen der städtischen Bürgerhäuser werden mit Spenderboxen für Binden und Tampons ausgestattet. Bei ausreichend großen vorgelagerten Fluren sollen die Spenderboxen dort angebracht werden (vorausgesetzt, dass sie keine Fluchtwege beeinträchtigen).

4. Evaluation - Mit den Pilotprojekten sollen Erfahrungswerte über den Verbrauch der Menstruationsprodukte in städtischen Gebäuden und Schulen gewonnen werden, die aktuell noch fehlen (siehe Mitteilung 3520/2021). Parallel zur Auswertung soll ein Konzept erarbeitet werden, wie die Pilotprojekte künftig auf alle städtischen Toilettenanlagen und Schulen ausgeweitet werden können. Teil dieser Evaluation soll auch die Frage der umweltfreundlichen Entsorgung der Menstruationsprodukte sein.
5. Qualitatives Feedback - Neben den quantifizierbaren Daten zu Verbrauch und Kosten soll auch das Feedback der Personen aufgenommen werden, die von der Vergabe der Produkte betroffen sind. Die Ausgestaltung der Evaluation ist der Verwaltung überlassen.

### **Finanzierung:**

Die Erstbeschaffung und Montage einschließlich Erstausrüstung der Spenderautomaten für Menstruationsartikel erfolgt – vergleichbar mit der Ersteinrichtung für Handtuchspender – nach Vorgabe der Nutzer\*innen durch die Gebäudewirtschaft. Die Verrechnung erfolgt über den jeweiligen Flächenverrechnungspreis.

Für den Zeitraum der Pilotprojekte begrenzt, erfolgt die Finanzierung der Befüllung der Automaten aus dem Teilplan 0106 – Zentrale Dienstleistungen, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (50.000 €). ~~Alle Haushaltsmittel, die in diesem Jahr nicht ausgeschöpft werden, hat die Verwaltung in das neue Haushaltsjahr zu übertragen.~~

Die Kosten der Weiterführung des Pilotprojektes an den Bürgerhäusern sowie die Ausweitung auf repräsentative Schulen entsprechen den Berechnungen der Verwaltung in Mitteilung 3520/2021.

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig beschlossen**

### **2.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Köln - Eine stillfreundliche Kommune" AN/2060/2023**

**Susanne Groß** begründet für das Ratsbündnis den Antrag. Eltern haben beim Stillen in der Öffentlichkeit gewisse Bedürfnisse, die können je nach Elternteil und Baby ganz unterschiedlich sein. Manche möchten sich zurückziehen und brauchen Ruhe, andere stillen gerne unter Menschen.

Was grundsätzlich ein Bedürfnis ist: Zugang zu Trinkwasser, eine Sitzgelegenheit, saubere Wickelmöglichkeiten und Akzeptanz und Aufklärung. Gleichzeitig wissen wir auch: Städte wurden von Männern für Männer gebaut und berücksichtigen im Großen

und Ganzen vor allem ihre Bedürfnisse. Stillfreundliche Orte sind da eher Mangelware.

Und auch in Köln ist das Thema aktuell noch nicht besonders präsent. Vor allem gibt es keine – durch die Stadt geförderten – Orte, wo sich stillende Eltern zurückziehen können. Jede stillende Person sollte die Möglichkeit haben, ihrem Alltag in der Stadt auch mit Kind ungehindert nachzugehen. Dazu gehört, dass es Orte gibt, an denen ungestört gestillt werden kann.

Mit diesem Antrag strebt das Ratsbündnis in Anlehnung an Projekte wie Happy Toilets oder Edelgard an, ein Netzwerk an Kölner Einrichtungen zu schaffen, die für Stillende und deren Bedürfnisse bereitstehen.

Damit Stillen einfach in den Alltag passt. Denn ein stillfreundliches Köln ermöglicht Teilhabe junger Eltern am Öffentlichen Leben.

Das Ratsbündnis freut sich, wenn diesem Antrag zugestimmt wird.

**Friederike Steinmetz** ergänzt die Begründung und führt an, dass es zwar Kinder und Mütter gibt, die ganz entspannt beim Stillen in der Öffentlichkeit sind. Allerdings gibt es aber auch hochsensible Eltern oder Eltern mit ADHS für die ein Stillen in der Öffentlichkeit ein hohes Maß an Stress bedeutet. Auch sie freut sich, wenn der Antrag angenommen wird.

**Derya Karadag** berichtet vom Wirtschaftsausschuss und teilt mit, dass das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung Stillen zur Nationalen Strategie ausgerufen hat. Das heißt, Stillen wird ein Teil des Ernährungskonzeptes von Säuglingen. Es gibt zahlreiche Kampagnen im Sinne von „Stillen ist prima – für Kind und Klima“. Jedes Kind, das gestillt werden kann, vermindert die technisch hergestellte Lebensmittelproduktion. Der Bund und das Land NRW sind ebenfalls in dem Thema aktiv.

**Dr. Helen Eckmiller** teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag sehr unterstützend findet und ihn begrüßt. Sie kommentiert, dass es schade sei, wenn eine sehr kleine Lokalität, die keinen gesonderten Raum ausweisen könnte, sich nicht als stillfreundlich zertifizieren lassen könnte, Informiertes, geschultes Personal, das auf Störung reagiert ist mindestens genauso wichtig wie ein gesonderter Raum oder ein Sichtschutz. Missverständlich sei eine Formulierung, die auch so gelesen werden könnte, dass Ziel sei, dass sich stillende Eltern verstecken sollen. Das Ziel ist aber doch eben, die Akzeptanz des Stillens in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

**Susanne Groß** weist darauf hin, dass es um „ruhige Orte“ ginge und bestätigt das Ziel, die Akzeptanz zu erhöhen.

Sie schlägt die Ergänzung „wenn möglich“ vor, also: „Diese Orte weisen folgende Ausstattung auf: Sitzgelegenheit an einem, **wenn möglich**, ruhigen Ort (...)“.

**Sonja Waszerka** begrüßt den Antrag. Sie nimmt Bezug auf die Begründung und erfragt, welche Stadtteile zur „Innenstadt“ gehören.

Susanne Groß bittet darum, dies nicht als abschließende Definition einer Fläche zu betrachten.

**Teresa De Bellis-Olinger** stellt mit dem Hinweis, dass im Beschlusstext der Satz „*Alle Haushaltsmittel, die in diesem Jahr nicht ausgeschöpft werden, hat die Verwaltung in das neue Haushaltsjahr zu übertragen.*“ gestrichen ist, den Antrag zur Abstimmung.

### **Geänderter Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt - nach dem Vorbild von Projekten wie *Happy Toilets* und *Edelgard* - ein Netzwerk von stadtnahen Einrichtungen aufzubauen, die stillenden Eltern kostenfrei einen Platz zur Ernährung ihrer Säuglinge zur Verfügung stellen. Diese Orte weisen folgende Ausstattung auf:
  - Sitzgelegenheit an einem, **wenn möglich**, ruhigen Ort
  - Kostenloses Wasser
  - Wickelmöglichkeit
  - Informiertes Personal
  - Wegweiser zu Stillbereichen
  - Wenn möglich eine Toilette
2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, Infomaterialien über das Netzwerk und das Thema Stillen zur Bewerbung des Projektes an einschlägigen Orten zur Verfügung zu stellen.
3. Die identifizierten stillfreundlichen Orte werden öffentlich gekennzeichnet (z.B. durch Aufkleber) und langfristig über eine digitale Stadtkarte einsehbar gemacht.

Die Federführung des Projektes soll dabei bei der Abteilung Zentrale Steuerung der Frühen Hilfen des Jugendamtes liegen, da dort gesundheitsorientierte Familienbegleitung stattfindet. Wo nötig soll das Gleichstellungsamt mit ihrer Best Practices Erfahrung im Projekt *Edelgard* zu Rate gezogen werden. Bei der Projektplanung und Umsetzung soll außerdem die Anspruchsgruppe mit einbezogen werden, um das Konzept auf Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit zu prüfen. Darunter fallen beispielsweise stillende Eltern, Fachpersonen (z.B. Stillberater\*innen / Hebammen), Vertreter\*innen der Lokalitäten.

Der Gleichstellungsausschuss stellt für dieses Projekt ein Budget von 10.000 € zur Verfügung (bspw. für eine öffentlichkeitswirksame Kick-Off Veranstaltung). Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilplan 0111 – Sonstige Innere Verwaltung; Teilplanzeile 13. **Alle Haushaltsmittel, die in diesem Jahr nicht verausgabt werden, sind in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen.**

Wir bitten die Verwaltung, diesen Antrag zur Kenntnisnahme auch auf die Tagesordnung des nächsten Gesundheitsausschusses zu setzen und in beiden Ausschüssen im kommenden Jahr einen Bericht über die Lage des Projektes abzugeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **2.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Symposium zur Umsetzung von Chancengleichheit in der Raumentwicklung" AN/2075/2023**

**Friederike Steinmetz** begründet den Antrag. Städte sind eher von Männern für Männer gemacht wurden. Insofern sollen nunmehr in der Raumentwicklung alle – also Mädchen und Jungen, Frauen und Männer, Seniorinnen und Senioren – bei den Planungen mitgedacht werden. Akteurinnen und Akteure aus Vorbild-Städten können eingeladen werden, um Best Practice Beispiele gezeigt werden. Sie bezieht sich auch auf ihren Besuch am Pariser Platz. Dort sind zum Beispiel die Mädchen im Laufe des Verfahrens abgetaucht, dementsprechend ist dieser Platz nicht auf die Bedürfnisse der Mädchen ausgerichtet.

**Dr. Klara Groß-Elixmann** weist daraufhin, dass sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sehr über den Antrag gefreut hat. Es ist aber aufgefallen, dass die Dimension Behinderung in keiner Weise aufgegriffen wird. Senior\*innen alleine decken die Facette „Barrierefreiheit“, und insbesondere die Dimension andere Wahrnehmungen von Räumen, die vielleicht Menschen, die neurodivergent aufgestellt sind, mitbringen, nicht ab.

Im Vergleich zum Antrag unter TOP 2.3 gibt es hier keinen zusammenfassenden Text in Leichter Sprache.

Insbesondere beim Verwenden des Begriffes von „Chancengleichheit“ im Titel hätte sie hier erwartet, dass der Antrag in Leichter Sprache zusammengefasst wird. Sie bittet darum, die Dimension „Behinderung“ aufzunehmen.

**Christina Dumstorff** betont die Wichtigkeit, den öffentliche Raum für alle zugänglich zu machen. Sie schlägt vor, als Politik zukünftig eine aktiv-gestaltende Rolle einzunehmen und finanzielle Mittel für konkrete Projekte mit Trägern bereitzustellen. Das Symposium bietet eine Gelegenheit, sich einen ersten Eindruck zu verschaffen, daraus muss jedoch was Konkretes folgen.

**Teresa De Bellis-Olinger** stimmt dem zu. „Chancengleichheit“ und „Gender Planning“ werden mehrere Jahre benötigen, um in der Stadtentwicklung bzw. Stadtplanung“ anzukommen.

**Sonja Waszerka** fragt, was die Verwaltung dazu schon unternommen hat, Zielgruppe und Ziel sind ihr nicht klar. Auch fragt sie, ob queere Personen als Zielgruppe einbezogen und ob quotiert wird.

**Teresa De Bellis-Olinger** ist irritiert, ob der Fragen zu den Anträgen. Sie verweist auf die Möglichkeit, Anfragen zu formulieren und Herrn Neweling zu schicken.

Mit dem Hinweis, dass im Beschlusstext der Satz „Alle Haushaltsmittel, die in diesem Jahr nicht ausgeschöpft werden, hat die Verwaltung in das neue Haushaltsjahr zu übertragen.“ gestrichen ist und den Ergänzungen „Menschen mit Behinderungen“ und „queere Menschen“ unter Punkt 1 des Beschlusses den Antrag zur Abstimmung.

### **Geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Im ersten Halbjahr 2024 ein Symposium zur Umsetzung von Chancengleichheit in der Raumentwicklung in Köln durchzuführen. Der Fokus soll darauf ausgelegt sein, dass Mädchen und Jungen, Frauen und Männer, Seniorinnen und Senioren, **Menschen mit Behinderungen, queere Menschen**, die gleiche Chance haben, ihre eigenen Bedürfnisse in der Gemeinde zu erkennen, zu artikulieren und einzubringen.
2. Die Planung für das Symposium noch im Jahr 2023 zu beginnen, um die Realisierbarkeit in 2024 zu gewährleisten. Hierbei ist das Dezernat für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales hinzuzuziehen.
3. Neben der Verwaltung selbst, Vorbildstädte (wie beispielsweise Freiburg, München und Wien), Politik und Akteurinnen und Akteure rund um das Thema „Gender-Planning“ einzuladen.



4. Bei dem Symposium zum einen den Status Quo in Köln anhand einer bereits bestehenden Raumplanung (beispielsweise Pariser Platz in Köln-Chorweiler) zu beleuchten und daraus ggf. eine Evaluierung der getroffenen Maßnahmen vorzunehmen und zum anderen, die entsprechenden Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung Köln zu sensibilisieren und zu motivieren, vermehrt eine Genderperspektive bei der Raumentwicklung vorzunehmen.
5. Der Gleichstellungsausschuss stellt für dieses Vorhaben ein Budget von 15.000 € zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilplan 0111 – Sonstige Innere Verwaltung; Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen.

**~~Alle Haushaltsmittel, die in diesem Jahr nicht verausgabt werden, sind in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen.~~**

Der Ausschuss beschließt auch, den Antrag zur Kenntnis in die Stadt AG Behindertenpolitik, Stadt AG Queerpolitik und Stadt AG Seniorenpolitik zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke **zugestimmt**

## **2.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gender Budgeting Pilotämter" AN/2087/2023**

**Derya Karadag** begründet den Antrag und verweist auch kurz auf den Grundantrag zu Gender Budgeting und auf die jüngste Nachfrage von Carolin Kirsch zum diesbezüglichen Sachstand. Der Grundantrag beinhaltet das Benennen von Pilotämtern, auch wenn perspektivisch sich die gesamte Stadtverwaltung mit Gender Budgeting befassen soll.

Vorliegend geht es um einen Impuls, den die Politik als „Goodwill“ setzt. Einhergehend mit dem vorigen Antrag zur Raumentwicklung ist das Stadtplanungsamt als Pilotamt herausgestellt. Daneben ist – mit Verweis auf die 17 SDGs (UN-Nachhaltigkeitsziele), zu denen auch Geschlechtergerechtigkeit, Umweltschutz, Konsumverhalten, Lebensmitteleinkauf, Recycling etc. zählen, – auch das Umwelt und Verbraucherschutzamt als Pilotamt benannt. Das Bundesumweltamt betreibt bereits seit über zehn Jahren Gender Mainstreaming und Gender Budgeting.

**Angelika Christ** weist daraufhin, dass die Stelle zu Gender Budgeting im Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht besetzt ist und sie erinnert daran, dass es aufgrund fehlender Zahlen und Statistiken keine Grundlage für die Durchführung von Gender Budgeting gibt. Der Besuch der Leitung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik im Ausschuss, um über den Sachstand zu berichten, steht noch aus.

Unklar ist, welches Konzept bei den vorgeschlagenen Ämtern hinterlegt ist. Der Antrag begründet nicht, warum sich die Verwaltungsbereiche Stadtplanung sowie Umwelt besonders gut eignen sollen. Insofern fragt Angelika Christ nach, aufgrund welcher Überlegungen und Ausgangslagen diese Bereiche ausgesucht wurden.

Die SPD-Fraktion lehnt den Antrag ab und erwartet eine Klärung der aufgeworfenen Fragen.

**Dr. Marita Alami** erinnert an den Beschluss zum Gender Budgeting, weil dieser, eine Koppelung vorsah: erst Gender Mainstreaming in den Ämtern, dann, wenn bekannt

ist, wie Geschlechtergleichstellung als Tätigkeit in jedem Fachbereich funktioniert, sind Ämter auch in der Lage, dass eine oder andere Genderziel mit Kennzahlen in den wirkungsorientierten Haushalt einzubringen. Die Pilotämter befassen sich zunächst mit Gender Mainstreaming; Gender Budgeting ist ein Instrument von Gender Mainstreaming. Die Aufgabe vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern hat die Aufgabe, anderen Ämtern bei diesen Fragen zur Seite zu stehen. Insofern ist das Konzept geklärt.

**Teresa De Bellis-Olinger** stellt den Antrag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird in Ergänzung zum Antrag vom 31.01.2022 (AN/0134/2022) beauftragt,

1. die Pilotprojekte zur geschlechtergerechten Finanzmittelverteilung (Gender Budgeting) in folgenden Verwaltungsbereichen zu verorten: Stadtplanung (Amt 61) sowie Umwelt (Amt 57).
2. Erfahrungswerte zu berücksichtigen und ggf. daran anzuknüpfen, insofern sich bereits andere als in Punkt 1 genannte Dienststellen der Stadtverwaltung mit dem Thema Gender Budgeting befasst haben.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Volt, CDU, FDP und die Linke gegen die SPD-Fraktionen **zugestimmt**

## **3 Allgemeine Vorlagen**

### **3.1 Zweiter Gleichstellungsplan 2024 - 2028 3123/2023**

**Petra Engel**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, hebt hervor, dass der Gleichstellungsplan 2024 - 2028 fristgerecht vorliegt. Die Stadtspitze – Oberbürgermeisterin, Personaldezernentin und die Dezernentin für Gleichstellung – trägt diesen und die aufgeführten Maßnahmen mit.

**Esther Kings** begrüßt den Anteil von Frauen an Führungspositionen mit 55 Prozent. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass Gleichstellung nicht nur Girlboss-Feminismus, sondern auch die Verteilung von Care-Arbeit betrifft. Gerade zwei Prozent Männer (fünf Männer) sind in Elternzeit, Frauen zu 98 Prozent. Esther Kings spricht hier auch das Väternetzwerk an.

2020 bis 2030 gehen sehr viele der „Boomer-Generation“ in Rente. Deswegen und auch bezüglich des Fachkräftemangels lohnt es sich, beim Gleichstellungsplan ambitionierter vorzugehen.

**Petra Engel** betont, dass das Väternetzwerk gut etabliert ist. Der Anteil von Männern in Teilzeit ist von neun auf 15 Prozent gestiegen und soll weiter gesteigert und der Anteil von Frauen reduziert werden. Viele Frauen arbeiten überhäufig. Der Anteil von Frauen ist zu hoch; gerade im Niedriglohnbereich sollten Frauen eher in Vollzeit als in Teilzeit arbeiten.

Das Thema Elternzeit bei Vätern ist ausbaufähig. Bei der Inanspruchnahme von kurzer Elternzeit (zwei Monate) steigt der Anteil der Väter, bei längerer Elternzeit (zum Beispiel von einem Jahr) sind Väter kaum vertreten. Hier ist eine Zunahme erstrebenswert.

Auch das Thema „Fachkräftemangel“ greift die Verwaltung über diverse Kampagnen auf.

**Monika Möller** bedankt sich für den Gleichstellungsplan und sieht grundsätzlich eine positive Entwicklung. Zu familienrelevanten Themen sind gute Maßnahmen aufgeführt, zu denen sie Nachfragen hat:

Inwieweit wird Desk-Sharing genutzt und welche Erfahrungen gibt es dazu? Wie werden Eltern-Kind-Büros genutzt? Was hat man sich unter „Interne Pflege-Lots\*innen“ zu verstehen? Wie läuft die Job-Top-Sharing-Börse?

**Jutta Hittmeyer**, Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement, teilt mit, dass in einzelnen Bereichen, in denen Desk-Sharing angewandt wird, es gut angenommen wird. Perspektivisch soll dies aber für das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden.

Im Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern sind zwei Mitarbeiter\*innen zertifizierte „Pflege-Lots\*innen“.

**Petra Engel** weist ergänzend auf die „Vorsorge-Mappen“ hin, die das Amt für Gleichstellung den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung anbietet. Diese Mappen enthalten vielfältige Informationen zum Thema „Pflege von Angehörigen“, die auch zentral auf einer IntraNet-Seite veröffentlicht sind.

Noch im Dezember erfolgt die Unterzeichnung der Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege durch die Oberbürgermeisterin an.

Spezifische Zahlen zu den Eltern-Kind-Büros und der Inanspruchnahme dieses Angebotes liegen Petra Engel aktuell nicht vor.

**Sonja Waszerka** bedankt sich für die geleistete Arbeit zur Erstellung des Gleichstellungsplanes. Erschüttert und irritiert ist sie darüber, dass sich die Oberbürgermeisterin, die Stadtkämmerin und die Stadtdirektorin lt. Vorwort über die Vorgaben des Gesetzes hinausgehend engagieren möchten. Zum Ende des Gleichstellungsplan ist zu lesen, dass alle aufgezeichneten Maßnahmen zur Zielerreichung unter dem Vorbehalt stehen, dass die notwendigen Ressourcen im Rahmen des Haushaltes zur Verfügung gestellt werden können. Dies findet sie sehr kritisch und sie fragt sich, wie es sein kann, dass die Umsetzung und die Fortschreibung von der Haushaltslage abhängig gemacht werden.

**Teresa De Bellis-Olinger** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Aktivitäten der Stadtverwaltung zur Gleichstellung von Frauen und Männern und beschließt den zweiten Gleichstellungsplan der Stadt Köln für die Jahre 2024 bis 2028 in der vorliegenden Fassung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig empfohlen

### **3.2 Förderprogramm Gleichstellung von Frauen und Männern 2023 hier: Freigabe und Vergabe der Mittel 3464/2023**

**Teresa De Bellis-Olinger** bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Zusammenfassung und transparente Darstellung der Förderanträge. Sicher hätten alle 27 eingegangenen Anträge eine Förderung verdient, jedoch standen nur 100.000 Euro zur Verfügung, die auf elf bewilligte Anträge verteilt werden sollen.

**Derya Karadag** bedankt sich ebenfalls für die gut getroffene Vorauswahl, die ein Potpourri aus allem, was gleichstellungspolitisch relevant ist, abbildet. Sie hebt positiv hervor, dass auch Projekte gefördert werden, die sich kritisch mit Männlichkeit auseinandersetzen.

**Monika Möller** teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage gern zustimmt. Sie fragt nach, warum so viele Antragstellende keine Förderung erhalten. Es hätten mehrere andere Bewilligungen gekürzt werden können, um das Gesamtbudget anders zu verteilen.

**Sonja Waszerka** fragt nach, warum „Notruf für vergewaltigte Frauen“ von den beantragten 6.000 Euro nur 3.600 Euro bewilligt worden.

**Laila Anders**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, erläutert grob das Verfahren. Alle förderberechtigten Anträge wurden auch hinsichtlich ihres Finanzierungsplanes gesichtet. Je nach Konzept macht es keinen Sinn, eine Kürzung vorzunehmen. Einzelne Förderanträge konnten gekürzt werden, zum Beispiel bei bestimmten Workshop-Veranstaltungen. Dies sei auch bei dem Antrag von „Notruf für vergewaltigte Frauen“ der Fall gewesen.

**Teresa De Bellis-Olinger** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt die Freigabe und Vergabe von Mitteln aus dem Förderprogramm „Gleichstellung von Frauen und Männern“ zur Förderung von Projekten für die Antragsphase 2023 gemäß Anlage 1.

Die zu verteilende Gesamtfördersumme für die Antragsphase 2023 beträgt 100.000 Euro.

Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern in der Produktgruppe 0111 - Sonstige Innere Verwaltung, in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

### **3.3 Kölner Verhütungsmittelfonds 2576/2023**

**Christina Dumstorff** bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage. Die FDP-Fraktion hatte in der Vergangenheit dazu eine Anfrage gestellt und freut sich, dass die

Anregungen aufgegriffen wurden. Das Budget wurde erhöht und der Kreis der Berechtigten erweitert. Damit einher geht eine anzupassende und aktive Kommunikation an diesen Kreis.

**Teresa De Bellis-Olinger** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt die Fortführung des Verhütungsmittelfonds in Köln ab dem 01.01.2024 in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes.
2. Der Kreis der berechtigten Frauen orientiert sich an der Einkommensgrenze, die der Bund für die Vergabe von Mutter-Kind-Stiftungsgeldern festgelegt hat.
3. Die Mittel in Höhe von 100.000 € werden überplanmäßig aus dem Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0502, Teilplanzeile 16 in den Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen verlagert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig empfohlen**

### **3.4 Förderung des FrauenMediaTurms 3770/2023**

**Teresa De Bellis-Olinger** freut sich über das Vorliegen der Vorlage zur Förderung des FrauenMediaTurms (FMT). Das Feministische Archiv ist einzigartig, auch europaweit. Es leistet eine sehr gute Arbeit und der Bayenturm ist in einem guten Zustand. Der FMT feiert 2024 ein Doppeljubiläum: 40 Jahre FMT und 30 Jahre Bayenturm. Für dieses und für das nächste Jahr ist die Fördersumme sehr bescheiden.

**Monika Möller** teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmt. Sie schlägt vor, dass der FMT in etwa einem halben oder in einem Jahr einen Verwendungsnachweis einreicht.

**Teresa De Bellis-Olinger** stimmt dem zu und verweist darauf, dass ohnehin ein Verwendungsnachweis zu erbringen ist.

**Sonja Waszerka** bittet darum mitzuteilen, was konkret vom dem Geld bezahlt wird, und fragt, ob eine saubere Trennung zwischen Archiv-Arbeit und der EMMA-Redaktion stattfindet.

**Susanne Groß** teilt mit, dass die Fraktion Volt die Vorlage aus prozessualen und inhaltlichen Gründen ablehnt. Erstens: Gerade eben – zwei Tagesordnungspunkte vor diesem hier – hat der Ausschuss die Förderung von diversen Vereinen über das Förderprogramm dieses Ausschusses beschlossen. Auf diesen hätte sich der FrauenMediaTurm bewerben können. Wie rechtfertigt der Ausschuss die Zustimmung zu diesem Beschlussantrag vor den Vereinen, die heute kein Geld von der Stadt erhalten?

Es gab ausgesprochen viele Anträge und nur ein Teil konnte heute genehmigt werden.

Im Beschluss ist nicht transparent, wofür der Verein die Gelder braucht, aber laut ihren Infos geht es um gestiegene Stromkosten. Ein Problem, dass sich der Verein mit

geföhlt allen anderen Organisationen aktuell teilt. Wieso jetzt also Geld auöerhalb von geschaffenen Prozessen an genau diesen Verein geben?

Und damit zum zweiten Punkt: Die Person "Alice Schwarzer". Alice Schwarzer ist Vorstandsvorsitzende des FrauenMediaTurms und besitzt damit eine repräsentative Funktion für diesen Verein. Was sie allerdings in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit „repräsentiert“, ist einfach nicht mit den Werten von Volt vereinbar.

Susanne Groß bittet daher diesen Ausschuss, die Beschlussvorlage abzulehnen. Der Verein wird auch ohne den Ausschuss überleben, sowie es alle anderen müssen, die über den Fördermitteltopf kein Geld erhalten haben.

**Christiane Dumstorff** teilt die Kritik an Alice Schwarzer und schließt sich dem Wunsch nach einer strikten Trennung von Alice Schwarzer bzw. von dem Magazin EMMA vom FMT an. Die FDP-Fraktion erkennt die Leistungen des FMT an und stimmt – wenngleich mit Bedenken – der Vorlage zu. Die Trennung zu EMMA ist wichtig und sie begrüßt die Notwendigkeit eines Verwendungsnachweises.

**Teresa De Bellis-Olinger** weist auf unterschiedliche Haushaltsstellen und Ziele hin; hier geht es um andere Aspekte als bei dem zuvor gefassten Beschluss, der das Förderprogramm betrifft. Eine Dauerförderung ist gar nicht möglich. Vorliegend ist formuliert, dass Förderung für die Archivarbeit vorgesehen ist.

**Petra Engel** bittet darum, wirklich eine Trennung zwischen der EMMA-Redaktion und der Arbeit des FMT vorzunehmen, und sie betont die Wichtigkeit des Archivs für Köln. Auch regt sie an, dass der FMT seine Arbeit im Gleichstellungsausschuss vorstellt.

**Floris Rudolph** wundert sich über die Hinweise, Alice Schwarzer vom FMT zu trennen. Auch laut Impressum der Website des FMT ist Alice Schwarzer untrennbar mit dem FMT verbunden. Eine Förderung des FMT kommt einer Förderung von Alice Schwarzer gleich.

**Petra Gehrken**, Seniorenvertretung, betont die Wichtigkeit des FMT für die Stadt Köln. Als langjährige Leiterin einer Bibliothek kennt sie die Bestände des FMT und verweist auf die öffentlich gut zugängliche Literatur des Archivs.

**Maria Kunz** unterstützt die kritische Betrachtung von Alice Schwarzer, sieht aber gleichzeitig die Bedeutung des FMT für die Stadt Köln.

**Teresa De Bellis-Olinger** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt

1. einen Zuschuss in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 jeweils in Höhe von 10.000 € zur Unterstützung des FrauenMediaTurms SdbR.  
Dies trägt zur Gewährleistung der kontinuierlichen und professionellen Archivarbeit, die im FrauenMediaTurm geleistet wird, und dessen öffentlicher Nutzung bei.
2. die Freigabe der über den politischen Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan 2023/2024 inklusive Mittelfristplanung zugesetzten Mittel „Förderprogramm Gleichstellungsprojekte und Öffentlichkeitsarbeit“ in Höhe von jeweils 10.000 € für die Haushaltsjahre 2023 und 2024.
3. die im Haushaltsplan 2023/2023 im Teilergebnisplan des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern in der Produktgruppe 0111 – Sonstige Innere

Verwaltung veranschlagten Mittel aus Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen umzuschichten.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Volt und die Linke **zugestimmt**

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

### **4.1 Informationen zum zu testenden Toilettenmodell für besondere Anforderungen 3125/2023**

**Petra Engel** teilt mit, dass sie von mehreren Frauen auf den Sichtschutz des vorgestellten Toilettenmodells angesprochen wurde. Oben und unten weist dieses Modell Öffnungen auf. Sie begrüßt daher die Möglichkeit, einen Sichtschutz einzurichten.

**Susi Luan**, Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb, ist zuständig für das Toilettenkonzept der Stadt Köln. In anderen Städten, in denen dieses Modell eingesetzt wird, gab es bisher keine ähnlichen Rückmeldungen, die den Sichtschutz kritisch bewerten.

Sie greift die Kritik auf und schlägt vor, eine teiltransparente Wand mit einem Sichtschutz einzurichten.

**Floris Rudolph** berichtet von Diskussionen im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu den Toilettenanlagen zu einer Nachfrage in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Demnach sind die Toiletten bewusst recht eng gestaltet. Dadurch ist eine Barrierefreiheit nicht möglich. Wichtig bei der Ortsauswahl für den Einsatz dieser Modelle ist, dass dort keine anderen Anlagen verwendet werden können.

**Susi Luan** betont, dass diese Modelle bevorzugt am Neumarkt und im Domumfeld zum Einsatz kommen, weil hier Drogenkonsum und Obdachlosigkeit zu registrieren sind. Deswegen besteht ein besonderer Schutzbedarf.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **4.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD betreffend "Ausstiegswohnung für Menschen in der Prostitution in Köln" AN/1636/2023 3297/2023**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## **6 Mündliche Anfragen**

### **6.1 Beantwortungen zu mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

## 6.2 Neue mündliche Anfragen

**Monika Möller** kündigt drei mündliche Anfragen an.

**Teresa De Bellis-Olinger** weist daraufhin, dass nur zwei mündliche Anfragen zulässig sind und sie empfiehlt, ihre dritte Anfrage schriftlich zum nächsten Ausschuss einzubringen.

**Monika Möller** erinnert an ihre bereits schon zweimal gestellten Nachfragen zum Sachstand „Drittes Frauenhaus“ und fragt erneut nach dem Sachstand. Konkret bezieht sie sich auf die Beantwortung des Landes NRW auf eine kleine Anfrage. Demnach ist die Finanzierung durch das Land gesichert ist. Das Problem scheint in Köln zu liegen und es stellen sich nun die Fragen, warum es nicht vorangeht und worin die Gründe dafür liegen.

Zu EDELGARD fragt Monika Möller nach einer Bilanz zum Einsatz am 11.11.

Eine weitere Frage bezieht sich auf das vom Festkomitee Kölner Karneval und von Zartbitter initiierte Projekt „Pänzrechte-Pass“, an dem EDELGARD nicht beteiligt ist. Da es bei der Zielgruppe dieses Projektes auch um Jugendliche ginge, bittet Monika Möller um Mitteilung, warum EDELGARD nicht eingebunden ist. Sind weitere Kooperationen vorgesehen bzw. aus welchen Gründe sind weitere Kooperationen nicht gewünscht?

**Sonja Waszerka** erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der Besetzung der Stelle der Gleichstellungsberechtigten.

**Laila Anders**, Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern, teilt mit dem Hinweis, dass die Stadt Köln nur eine Akteurin der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum ist, mit, dass die Kölner Initiative grundsätzlich zurückhaltend ist, was die Veröffentlichung von „Fallzahlen“ angeht. EDELGARD wurde jedoch angesprochen und in Anspruch genommen. Auch zeigte sich, dass ein gewisser Bekanntheitsgrad erreicht ist.

Zum Dritten Frauenhaus teilt Laila Anders mit, dass die Zuständigkeit beim Amt für Soziales, Arbeit und Senioren liegt und auch ihr noch kein neuer Sachstand vorliegt.

**Monika Möller** bittet dennoch um eine Mitteilung zu den näheren Gründen, warum es nicht weitergeht.

Die Fragen zum „Pänzrechte-Pass“ beantwortet die Verwaltung zur nächsten Sitzung.

**Petra Engels** teilt mit, dass das Auswahlverfahren zur Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten noch nicht abgeschlossen ist.

**Teresa De Bellis-Olinger** bittet Monika Möller um eine kurze Darstellung der Situation nach Austausch mit dem Städtepartnerschaftsverein Tel Aviv.



**Monika Möller** teilt mit, dass Tel Aviv besonders betroffen ist. Bomben fallen auch auf Tel Aviv. Die aus dem Süden und aus dem Norden Evakuierten halten sich größtenteils in Tel Aviv auf. Hotels und private Unterkünfte sind von Evakuierten in Anspruch genommen. Aus Restcent-Mitteln hat die Stadt Köln an die Stadt Tel Aviv 10.000 Euro gespendet, um die Unterbringung und Versorgung von Evakuierten zu unterstützen; der Städtepartnerschaftsverein Tel Aviv hat dazu 3.000 Euro gespendet.

Die Stadt Köln hat den Friedens-Kindergarten in Tel Aviv gestiftet. Dieser Kindergarten ist ebenfalls in großer Not. Diese Einrichtung ist von besonderer Bedeutung, sieht das Konzept doch die Erziehung von Kindern dreier Glaubensrichtungen und zweier Völkern vor und ist dabei sehr erfolgreich, weil alle Eltern miteinbezogen sind.

**Teresa De Bellis-Olinger** erinnert an den Wunsch, eine gemeinsame Sitzung mit der Stadt AG Queerpolitik. Eventuell käme der Ratssaal in Betracht.

**Ausschussvorsitzende Teresa De Bellis-Olinger** beendet um 19.30 Uhr die Sitzung.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Montag, 5. Februar 2024, statt.

---

Teresa De Bellis-Olinger  
Ausschussvorsitzende

---

Frank Neweling  
Schriftführer